

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0204/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 04.08.2022
		Verfasser/in: FB 56/120
Anträge		
Ziele:	Klimarelevanz	
	keine	
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
31.08.2022	Integrationsrat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

(ohne)

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die

Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			x

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49 %)
<input type="checkbox"/>	nicht
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt

Erläuterungen:

Der Integrationsrat berät und beschließt über die zu seiner heutigen Sitzung eingebrachten ug. Anträge.

Anlagen:

1. Antrag Bildungsgerechtigkeit
2. Antrag Gleichwertigkeitsprüfungen

Amina Smajic
Münsterstr. 119
52076 Aachen

Herrn Cengiz Ulug
Vorsitzender des Integrationsrats der Stadt Aachen

Antrag für die Sitzung des Integrationsrates am 31.08.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

für die 4. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Aachen am 31.08.2022 beantragt das Bündnis für Vielfalt und Integration die Aufnahme folgendes Punktes in die Tagesordnung unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge“:

Informationen über die Überwindung von Bildungsungerechtigkeit, Diskriminierung und sozialer Segregation von SchülerInnen mit internationaler Familiengeschichte in allen öffentlichen Schulen der Stadt Aachen

Die AntragstellerInnen beantragen, zu dem Tagesordnungspunkt folgenden Beschluss zur Abstimmung zu stellen:

Die Verwaltung wird beauftragt den Integrationsrat in einer der nächsten Sitzungen über Maßnahmen zur Überwindung von Bildungsungerechtigkeit, Diskriminierung und Segregation von SchülerInnen mit internationaler Familiengeschichte unter Einbeziehung zuständiger Fachbereiche zu informieren.

Begründung:

Bildung ist maßgeblich für individuelle Lebenschancen. Sie gilt als Bürger- und sogar als Menschenrecht. Zugleich soll sie wirtschaftliche Entwicklung und soziale Integration fördern.

Gesundheit, Lebensqualität, Glück und Selbstverwirklichung eines Menschen hängen maßgeblich vom Bildungsstand eines Menschen ab.

Die soziale Bildungsungleichheit und Benachteiligung von SchülerInnen mit internationaler Familiengeschichte sind nicht zuletzt durch die pandemiebedingten Schulschließungen evident geworden.

Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, dass aktuell nicht nur kurzfristig an pandemiebedingten Bildungsungleichheiten gearbeitet wird. Vielmehr sollte diese Situation genutzt werden, um die grundlegenden Weichen für Bildungsgerechtigkeit zu stellen.

Deshalb wird um Auskunft gebeten, ob systematische Elternarbeit, also die Einbeziehung der Mütter und Väter in den Lernprozess ihrer Kinder, als mögliche Maßnahme in diesem Zusammenhang angewandt oder geplant wird.

Darüber hinaus wird um Auskunft gebeten, ob positive Diskriminierung von Schulen in problematischen Stadtteilen mit hohem Anteil von SchülerInnen mit internationaler Familiengeschichte angewandt oder geplant wird. Dies bezieht sich insbesondere auf die qualifizierte personelle Besetzung und finanzielle Unterstützung der Schulen.

Wird in diesem Zusammenhang auch nach Kriterien des Kinderschutzes, zum Beispiel beengten Wohnverhältnissen (viele Personen in der Wohnung) oder an der elterlichen Erwerbssituation (Beschäftigung am normalen Arbeitsplatz) entschieden?

Gibt es in diesem Rahmen eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Schulamt, Sozialarbeit, Jugendamt, schulpsychologischem Dienst, Kinder- und Jugend(freizeit)- oder Familienzentren und Kinderärzten?

Schließlich wird um Auskunft gebeten, ob und wie die im Rahmen des Förderprogramms „Extra-Geld“ angewandten Maßnahmen praktisch umgesetzt werden? Gibt es aufgrund des bürokratischen Aufwandes und der geringen Stundenzahl (10 Stunden, 1 x wöchentlich) Ablehnung des Programms seitens anerkannter Nachhilfeinstitute?

Amina Smajic (Mitglied des Integrationsrates)

Amina Smajic
Münsterstr. 119
52076 Aachen

Herrn Cengiz Ulug
Vorsitzender des Integrationsrats der Stadt Aachen

Antrag für die Sitzung des Integrationsrates am 31.08.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

für die 4. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Aachen am 31.08.2022 beantragt das Bündnis für Vielfalt und Integration die Aufnahme folgendes Punktes in die Tagesordnung unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge“:

Informationen über die Möglichkeiten zur Überwindung von Defiziten im Rahmen der Anerkennungs- und Gleichwertigkeitsprüfung

Die AntragstellerInnen beantragen, zu dem Tagesordnungspunkt folgenden Beschluss zur Abstimmung zu stellen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Integrationsrat in einer der nächsten Sitzungen über Maßnahmen zur effektiven und zügigen Überwindung von Defiziten im Rahmen der Anerkennungs- und Gleichwertigkeitsverfahren unter Einbeziehung zuständiger Fachbereiche zu informieren.

Begründung:

Wir befinden uns in einer schweren Krise (Klimakrise, Wirtschaftskrise, Krieg in der Ukraine, Coronakrise etc.), die mutige Lösungen hervorgerufen hat.

Die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft darf nicht vergessen werden: der demografische Wandel.

Der Fachkräftemangel ist bereits jetzt immens und ein großer Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung, gerade in der aktuellen Krisenzeit.

Die Arbeitsmarktexperten haben in diesem Zusammenhang einen Bedarf an Zuwanderung von 1,6 Millionen jährlich ermittelt.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-07/fachkraeftemangel-arbeitsmarkt-migration>

Wir haben bei den ukrainischen Flüchtlingen eine gesamtgesellschaftliche Solidarität und auch im Hinblick auf die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen (Lehrer, Ärzte etc.) eine bisher nie dagewesene unbürokratische und effektive Anerkennung erlebt.

Um den Fachkräftemangel aktuell und für die Zukunft in den Griff zu bekommen, sind wir auf effektive Anerkennung von beruflichen Abschlüssen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte angewiesen.

Wie wir aus den Berichten der Verwaltung erfahren haben, scheitern viele Anträge an nicht vergleichbaren Ausbildungsinhalten. Häufig ist jedoch die praktische Berufserfahrung in hohem Maße gegeben.

Das Verfahren endet in vielen Fällen jedoch mit einem ablehnenden und gebührenintensiven Bescheid (ca. 400-600 EUR), ohne den Antragsteller über die Möglichkeiten zum Abbau seiner Defizite zu informieren.

Um den Antragstellern jedoch die Möglichkeiten zum Abbau (fachsprachlichen/ praktischen) ihrer Defizite zu geben, braucht es dringend spezialisierte Ausbildungsmodelle und maßgeschneiderte Kurse, die eine effektive und zügige Anerkennung ermöglichen.

Amina Smajic (Mitglied des Integrationsrates)